

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 151 Inzeratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto. — Halver Samstag, den 2. Juli Erscheint wöchentlich 8 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“ und „Für unsere Frauen“ 1932

Der Kampf um die Endlösung Gläubiger unter sich.

Die Verhandlungen auf der in den letzten Tagen liegenden Lausanner Konferenz wurden jetzt in der Hauptsache zwischen den Gläubigermächten weitergeführt, um die Vorschläge zu beraten, die man Deutschland auf seine Forderungen nach Tributstreichung und Gleichberechtigung machen will. Wenn man zu einem Entschluß gekommen ist, wird man Deutschland wieder hereinrufen, um ihm die Pläne zu unterbreiten. Die Antwort Deutschlands kann nicht zweifelhaft sein, wenn es sich bestätigt, daß sich die Verhandlungen über den gemeinsamen Plan der Gläubigermächte endgültig in der Richtung bewegen, daß der Reichsregierung der Vorschlag einer Abschlußzahlung in Höhe von vier Milliarden bei einem Tilgungsbeginn nach fünf Jahren gemacht werden soll. Dieser Vorschlag ist für uns, wie immer wieder betont werden muß, unannehmbar, wenn er nicht noch erhebliche Abänderungen in bezug auf Höhe und Art der Zahlungen erfährt. Insbesondere müßte jede Zahlung eines weiteren Tributs an Frankreich abgelehnt werden, weil, ganz abgesehen von allen anderen Gründen, jede Art von weiterer Reparationszahlung die Wirtschaftskrise der Völker verstärken müßte. Ob über irgendeine andere Zahlung, die nicht Tributzahlung ist, etwa in den berühmten „großen Topf“, aus dem den notleidenden Staaten geholfen werden soll, noch verhandelt werden kann und wird, das wird der weitere Gang der Arbeiten in dem sogenannten „Bureau der Lausanner Konferenz“ ergeben, das den Verbindungsmann stellen soll zu der großen Krisenkonferenz in London. Voraussage dafür aber ist, daß bis dahin der mühsam zusammengefaßte und zusammengehaltene Bau der europäischen Wirtschaft nicht mit größerem Krach auseinandergefallen ist.

Hindenburg fährt nach Neudeck.

Kein Zwischenbericht des Kanzlers in Berlin.
Wie an unterrichteter Stelle verlautet, ist nicht mehr damit zu rechnen, daß der Reichskanzler in den nächsten Tagen von Lausanne auf einen Tag zur Richterstattung nach Berlin reist. Da Herriot Lausanne nur kurze Zeit verlassen wird, dürften die Verhandlungen keine wesentliche Unterbrechung erfahren. Der Reichskanzler wird nach den bisherigen Dispositionen im Laufe der nächsten Woche nach der voraussichtlichen Beendigung der Verhandlungen in Lausanne endgültig nach Berlin zurückkehren. Die Tatsache, daß der ursprünglich beabsichtigt gewesene Zwischenbericht in Berlin unterbleibt, wird in politischen Kreisen verschieden gedeutet. Die pessimistische Auffassung über den schließlichen Ausgang der Lausanner Konferenz wiegt aber erheblich über.

Reichspräsident von Hindenburg wird sich in der nächsten Woche nach Neudeck begeben. Es handelt sich nicht um einen Urlaub, vielmehr führt der Reichspräsident auch in Neudeck seine Amtsgeschäfte weiter. Er werde über die innen- und außenpolitischen Ereignisse laufend durch Kurier und durch Vorträge unterrichtet werden.

In Erwartung der deutschen Stellungnahme.

Die endgültige Abfindung.
Ministerpräsident Herriot gab im Anschluß an einen Ministerrat in Paris einige Erklärungen ab, in denen er besonders die Übereinstimmung der englischen und französischen Auffassung in folgenden beiden Punkten unterstrich: 1. die enge Verbindung zwischen Reparationen und interalliierten Schulden und 2. der allgemeine Charakter einer endgültigen Abfindung. Er betonte, daß die Einzelheiten dieser Abfindung noch einer Regelung bedürfen. Man hoffe jedoch, recht bald mit den übrigen großen und kleinen Gläubigermächten zu einer Verständigung zu gelangen.
Im Augenblick bestehe nur noch die Frage, ob Deutschland diese Vorschläge annehmen werde. Der Ausgang der Konferenz sei somit in die Hände der deutschen Abordnung gelegt.

Kurze politische Nachrichten.

In dem an der saar-lothringischen Grenze gelegenen Orte Forbach sind 31 höhere Offiziere von der obersten Kriegsschule in Paris, die auf einer Studienreise begriffen sind, eingetroffen. Im Laufe dieser Woche trifft der Generalinspektor der französischen Armee, General Beyrand, in Forbach ein, um eine Befestigung der lothringischen Garnisonen sowie der Grenzbesetzungsorte vorzunehmen.

Der Erste Straßensatz des Kammergerichts hat den ehemaligen Lehrer Günter Lucht aus Bistau (Grenzmark) wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Der Vorschlag der Gläubigermächte.

Im allgemeinen fertiggestellt.
Die Gläubigermächte Deutschlands haben in der Nachmittags Sitzung, an der die deutschen Vertreter wiederum nicht teilnahmen, in großen Linien einen gemeinsamen Vorschlag für die endgültige Regelung der Tributfrage ausgearbeitet, in dem jedoch noch die beiden entscheidenden Punkte, die endgültige Festsetzung der Zahl der Abschlußzahlung und die Klauseln über den Zusammenhang zwischen den interalliierten Schulden und den deutschen Reparationszahlungen offengelassen worden sind. Über diese beiden Hauptpunkte soll nach der Rückkehr Herriots und Chamberlains endgültig entschieden werden. Der gemeinsame Vorschlag der Gläubigermächte soll sodann am Sonnabend der deutschen Abordnung übermittelt werden.

Wird Deutschland ablehnen?

Der gemeinsame Vorschlag der Gläubigermächte, der inhaltlich bisher den amtlichen deutschen Stellen nur inoffiziell bekannt ist, soll am Sonnabend den deutschen Delegierten überreicht werden. Es scheint indessen, als böte dieser Vorschlag in keiner Weise eine geeignete Verhandlungsgrundlage. Der gegenwärtige Zustand der Unsicherheit und der Ungewißheit bleibt weiter aufrechterhalten. Demnach ist es nur wenig wahrscheinlich, daß der Sonnabend einer positiven Lösung näherkommt.

Das englische Kabinett und Lausanne.

In politischen Kreisen Londons besteht der Eindruck, daß die Mitglieder des englischen Kabinetts erneut dem Schatzkanzler während seines Londoner Aufenthalts Weisungen gegeben haben, in Lausanne unter allen Umständen eine endgültige Lösung zu erreichen. Dementsprechend müßten Abmachungen über eine von Deutschland zu leistende Endsumme, wenn sie sich als unerlässlich erweisen sollte, so abgeschlossen sein, daß sie jede Möglichkeit für andere Länder ausschließen, zu einem späteren Zeitpunkt irgendwelche Ansprüche zu erheben, die über die jetzigen Abmachungen hinausgingen. Das sei eine besondere Vorbedingung für die Wiederherstellung des Vertrauens, ohne die ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg unmöglich sei. Außerdem sei es erwünscht, eine eindeutige Grundlage in Lausanne zu schaffen, von der aus in die Verhandlungen mit Amerika über die Kriegsschulden eingetreten werden könnte. Es wurde weiter die Hoffnung ausgesprochen, daß der deutsche Reichskanzler v. Papen nicht mehr auf seine früheren Hinweise auf die Notwendigkeit der Beseitigung der im Versailler Vertrag enthaltenen diskriminierenden Klauseln zurückkommen werde, soweit die Lausanner Verhandlungen in Frage kommen, sondern daß sich die Verhandlungen aus Zweckmäßigkeitsgründen auf das eigentliche Tributproblem beschränken müßten.

Verhandlungen über die österreichische Anleihe.

In dem gemischten Finanzausschuß für die österreichische Anleihefrage sind die technischen Arbeiten jetzt im großen und ganzen abgeschlossen worden. In den Verhandlungen der letzten Tage sind die technischen Einzelheiten der Anleihe, der Zinsfuß, die Amortisierung, Kündbarkeit, Laufzeit usw. durchberaten worden. Die französische Regierung hat ihre endgültige Zustimmung zu der Anleihe davon abhängig gemacht, daß die englische Regierung ihrerseits an der allgemeinen finanziellen Hilfsaktion für Polen und Rumänien teilnimmt. Die politischen Bedingungen, die von französischer Seite für die Teilnahme an der Anleihe gestellt werden, sind in dem Ausschuß nicht behandelt worden, da die politischen Fragen lediglich in den direkten Verhandlungen zwischen den die Anleihe gewährenden Regierungen entschieden werden sollen. Der Betrag für die Anleihe ist nach wie vor mit 300 Millionen Schilling vorgesehen, in die die 100-Millionen-Schilling-Anleihe der Bank von England mit hineingerechnet werden wird. Jedoch soll dieser Kredit in eine langfristige Anleihe umgewandelt werden.

Protestaktion gegen die Schlachtsteuer.

Berliner Fleischer meiden den Schlachtviehhof.
Entsprechend einem Beschluß des Bezirksvereins Berlin des Fleischerverbandes, als Abwehraktion gegen die in Kraft getretene preussische Schlachtsteuer, auf dem Berliner Schlachtviehhof wieder Vieh zu kaufen noch zu schlachten, ruhte das Geschäft vollkommen. Infolge des Beschlusses waren die Zufuhren an Lebendvieh belanglos. Eine amtliche Preisnotierung hat nicht stattgefunden.
Am 1. Juli, dem Tag des Inkrafttretens der preussischen Schlachtsteuer, wurde die Ein- und Ausfuhr infolge von Gegenseitigkeitsabkommen zwischen den Ländern Preußen einerseits und Bayern, Sachsen, Bremen und Lübeck andererseits von der Ausgleichsteuer befreit.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichspräsident wird für einige Zeit nach Neudeck fahren, von wo er die Amtsgeschäfte weiterführen wird.
* Das Reichsgericht hat das vom Reichsinnenminister geforderte Verbot des Vorwärts für berechtigt erklärt.
* Der preussische Staatsrat hat die vom preussischen Landtag beschlossene Amnestie abgelehnt.
* Auf dem Berliner Schlachtviehhof traten die Schlächter in einen Käuferstreit als Demonstration gegen die preussische Schlachtsteuer.

Wendepunkte.

Die Revision von Versailles — Lehren aus dem Sklarek-Urteil — Notverordnung und Wahlkampf.

Der Deutsche Reichskanzler hat auf der Tributkonferenz in Lausanne am 28. Juni, am Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, vor den verantwortlichen Staatsmännern Frankreichs und Englands offen die Revision des Versailler Vertrages gefordert. Er hat erklärt, das Vertrauen der Welt werde erst wiederkehren, wenn sich die Siegermächte entschließen, die Fesseln des Versailler Vertrages von Deutschland zu nehmen, die Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit andern Kulturvölkern und die Sicherheit Deutschlands wiederherzustellen. Mit seiner Forderung nach Revision des Versailler Vertrages hat der Reichskanzler einen neuen wichtigen Schritt auf dem Wege zur endgültigen Befreiung aus der erdrückenden Umschlingung des Versailler Vertrages getan. Nachdem die harte Wirklichkeit den Tributraum zerstört hat, nachdem auch Frankreich diese Tatsache anerkennen muß und sich nur noch an unsere Unterchrift klammern kann, war in der Tat der Zeitpunkt gekommen, um diesen Schritt zu tun und der Welt dies zu sagen: die Tribute sind nicht die einzigen Fesseln, die man dem deutschen Volk in Versailles angelegt hat, auch die Entwaffnung und die daraus folgende Verlorenheit und ebenso die Kriegsschuldlüge haben das deutsche Volk zum unfreiesten aller Völker gemacht. Es ist falsch zu sagen, mit der Annahme der Revision und der Forderung nach Gleichberechtigung sei nichts Neues geschehen, das hätten auch schon früher deutsche Staatsmänner getan und hätten Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund erreicht. So hört man es von gewissen Kreisen. Die parteipolitischen Schenklappen müssen schon recht groß sein, um behaupten zu können, der Völkerbund hätte in irgendeiner Hinsicht Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt. Die französischen Propagandisten werden sich mit Vergnügen auf solche Behauptungen in deutschen Blättern stützen. Denn Frankreich wird alles tun, um die Weltmeinung gegen die Revision des Versailler Vertrages zu mobilisieren, und es wird auch versuchen, in Deutschland selbst in dieser Sache Zwietracht zu säen. Aber man wird in Paris bald einsehen müssen, daß sich die Zeiten geändert haben. So wie in der Ablehnung jeglicher Tributzahlung ein einheitlicher Volkswille entstanden ist, so muß sich auch eine geschlossene Front bilden, die jede deutsche Regierung zwingt, — mag nun Lausanne so oder so ausgehen —, die Forderung nach Revision des Versailler Vertrages mit aller Energie vor der Welt weiterzubetreiben.

Das Zuchthausurteil gegen die Brüder Sklarek, die mit Hilfe guter Beziehungen die Berliner Stadtverwaltung um 20 Millionen Mark berauben konnten, ist nicht nur vom Standpunkt des Strafrechtsbundes aus von Bedeutung. Man muß die tieferen Zusammenhänge bei diesem Prozeß betrachten, um die Tragweite dieses Urteils für unser ganzes politisches Leben, vor allem aber für unsere Kommunalpolitik zu erfassen. Der Prozeß mit seinem Urteil hat eines klar und deutlich erwiesen: daß das System der Kommunalpolitik, so wie es nach dem Umsturz sich herausgebildet hat, falsch war und falsch ist und zum völligen Ruin führt. Es ist das System, das eine Verwaltung nur nach parteipolitischen Rücksichten aufbaut und in dem der Grundsatz herrscht: Gibst du mir, so geb ich dir! Man muß sich mal eines vor Augen stellen: Wer durch eine Partei in ein Amt kommt, kann schon von vornherein darauf rechnen, daß ihm die Partei einen großen Teil der Verantwortung nach außen abnimmt und ihn so lange deckt, wie es sich nur irgendwie machen läßt. Dazu tritt das gefährliche Bestreben mancher Parteien, ihren Machtbereich durch Befetzung einer möglichst großen Zahl von Posten auszuweiten und zu sichern. Daß dabei häufig die sachliche Eignung gegenüber der parteipolitischen Zugehörigkeit an die zweite Stelle tritt, ist die selbstverständliche Folge. Liegen schon allein in diesen Zuständen sehr große Gefahren für unser öffentliches Leben, so treten noch andere Umstände hinzu, die gerade in den Stadtverwaltungen den Schaden noch vergrößert haben. In den Verwaltungen der großen Städte herrschte in den letzten Jahren unbestritten ein Größenwahn im Geldausgeben. Das Geldausgeben selbst ist dadurch sehr erleichtert worden, daß sich die Stadtparlamente um die Einnahmen kein Kopfzerbrechen machten. Der Hauptteil der Einnahmen — so ist es seit dem Umsturz — wird den Gemeinden aus den Staatskassen überwiesen. War das Geld alle, fuhr der Herr Ober nach der Landeshauptstadt und malte ein Schreckensbild von der Lage an die Wand. Und allzuoft ließ sich der Finanzminister bewegen, zu einem Sonderzuschuß in die Tasche zu greifen. So etwas hat sich dann schnell herumgesprochen, und wenn der Herr Ober mit klingendem Erfolg nach Hause kam, wollte die Nachbar-

Stadt auch nicht zurückstehen. So trieb einer den anderen. Man suchte sich mit großzügigen Plänen gegenseitig zu übertrumpfen. Wo die Mittel fehlten, wurden Schulden gemacht. Die Entwicklung in den Großstädten ging aber auf Kosten des Landes und der kleineren Städte und Gemeinden. Dort stieg schon die Not, während das Geld noch in Strömen durch die Klassen der Großstädte floss. Das waren die schönen Zeiten, wo z. B. der Generaldirektor der Straßenbahnen von Hagen in Westfalen in drei Monaten (nicht Jahren!) eine Eisenrechnung von 180 000 Mark ausstellte und auch bezahlt bekam. Dies hat man kürzlich aus einem Prozeß erfahren, und noch einiges dazu. Das war die Lust, in der auch die Sklarets in Berlin prächtig gebieten. Schon lange, bevor der Skandal losbrach, war es an maßgebenden Stellen bekannt, daß in der Berliner Stadtverwaltung bis zum Oberbürgermeister vieles recht faul war. Aber geschrien ist nichts, weil gewisse Leute einen parteipolitischen Skandal fürchteten. Nun müssen wir alle sehr hart die Sünden einer Zeit büßen, wo Parteipolitik, Geschäft und Größenwahn das öffentliche Leben beherrschten wollten. Hoffen wir, daß das deutsche Volk endlich die Lehren aus den bitteren Erfahrungen zieht.

Die vergangene Woche hat noch ein drittes Ereignis gebracht, das für unser politisches Leben von großer Tragweite sein kann, nicht aber sein muß. Es ist die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten über Uniformverbote und Aufzüge. Mit dieser Notverordnung will die Reichsregierung den Widerstand der Länder gegen die Aufhebung der besagten Verbote überwinden. Sie ist dabei von dem Grundsatz der Reichsverfassung ausgegangen: Reichsrecht bricht Landesrecht, b. h. wenn eine Angelegenheit durch Reichsgesetz oder durch Reichsverordnung geregelt wird, dann gehen die Reichsbestimmungen den Bestimmungen der Länder voran; wenn sich beide Bestimmungen widersprechen, so fallen die Landesbestimmungen ganz weg. So ist es im vorliegenden Fall. Die Sonderverordnungen der Länder über die Uniform- und Aufzugsverbote sind nun außer Kraft. Die widersprechenden Länder haben erklärt, sie beugen sich dem Grundsatz der Reichsverfassung und wollen die Verordnung durchführen, aber die Verantwortung für die Folgen schieben sie ausdrücklich der Reichsregierung zu. Die Proteste, besonders aus Bayern, bemängeln vor allem, daß sich nun das Reich das Recht genommen habe, von den Länderregierungen die Aufhebung ortspolizeilicher Maßnahmen zu verlangen. Bisher lag die Entscheidung in Streitfällen über Anordnungen der Ortspolizei allein bei den Ländern. Der Reichsinnenminister ist sich der Tragweite seines Vorgehens wohl bewußt, das zeigt auch seine Begründung. Was aber aus dieser Notverordnung alles werden kann, das wird allein die Praxis zeigen. Es wird viel von dem guten Willen aller abhängen, ob aus dieser Verordnung neue Konflikte entstehen oder ob sie zur Beruhigung der Gemüter beiträgt. Die Feuerprobe wird die Verordnung im Wahlkampf zu bestehen haben, wenn die Parteien mit ihrer Propaganda auf die Straße gehen. Die Reichsregierung ist zuversichtlich und verspricht sich günstige Wirkungen; die Länderregierungen sind weniger zuversichtlich und lassen durch ihre Presse ihre Sorgen zum Ausdruck bringen. Vieles wird ja nun auch von den Parteien und ihren Führern abhängen, besonders von den Massenparteien; vieles hängt auch von der Disziplin der gesamten Bevölkerung ab. Es wäre, auch dem Ausland gegenüber, von außerordentlichem Wert, wenn die kommenden Wochen den Beweis lieferten, daß das deutsche Volk immer noch starke innere Disziplin besitzt, und daß durch die Disziplin der friedliebenden Bevölkerung alle Störungsversuche überwunden werden.

Der Reichshaushalt 1932.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über Einnahmen und Ausgaben erschien.

Mit dem Datum vom 30. Juni 1932 ist nunmehr die Notverordnung über den Haushalt im Reichsgesetzblatt erschienen. Der § 1 der Notverordnung bestimmt, daß „vorbehaltlich der Feststellung eines Reichshaushaltsplanes durch Gesetz die Einnahmen und die Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1932 nach dem anliegenden Plan und den nachfolgenden Bestimmungen zu verwalten sind“. Der Plan wird dann im einzelnen aufgeführt: Das Gesetz enthält die bereits bekannten Bestimmungen über den außerordentlichen Haushalt, den Tilgungsfonds, die Garantien des Reiches usw.

Die Einnahmen schließen mit 8 219 245 100 Mark ab. Die fortdauernden Ausgaben belaufen sich auf 7 899 377 450 Mark, die einmaligen Ausgaben auf 319 867 650 Mark. Die Summe der Ausgaben des ordentlichen Haushalts schließt mit 8 219 245 100 Mark ab.

In den einzelnen Kapiteln, deren Ziffern bereits im wesentlichen bekannt waren, sind in der endgültigen Fassung des Haushaltsplanes durch Notverordnung geringfügige Veränderungen eingetreten.

Zunahme der Wohlfahrtserverslosen in den Landgemeinden.

In den deutschen Landkreisen ist, wie der Landkreistag mitteilt, die Zahl der Wohlfahrtserverslosen auf 810 000 am 31. Mai 1932 gestiegen. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine Steigerung um nahezu zwei Prozent, gegenüber dem Vorjahr um 136 Prozent. Bemerkenswert und die Lage in den Landkreisen kennzeichnend ist dabei, daß im Gegensatz zu früheren Jahren — noch der Mai 1931 brachte eine Abnahme der Wohlfahrtserverslosen um zwei Prozent — in diesem Jahre trotz der Jahreszeit die Zahl der Wohlfahrtserverslosen auch auf dem Lande weiter zugenommen hat.

Handwerksmeister mit Wohlfahrtsunterstützung.

Ernte- und Reisezeit bringen dem Handwerk keine Entlastung. Nach dem Bericht der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbetamverbandes hat sich die Gesamtzahl der deutschen Handwerksmeister im Juni nicht gebessert. Selbst in den Außenberufen, also den eigentlichen Saisonberufen, hat sich die Beschäftigung nicht in nennenswertem Umfang gehoben.

Die Bautätigkeit

liegt nahezu vollständig darnieder. Öffentliche Bauaufträge werden, da die gesamten zur Verfügung stehenden Mittel für Wohlfahrtszwecke gebraucht werden, überhaupt nicht erteilt, und auch von Privatsparteien gehen Aufträge infolge der Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt und der Ungewißheit über die weitere Entwicklung der Wirtschaft nur in sehr geringem Maße ein. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter wird

im Durchschnitt auf etwa 85 Prozent geschätzt. Sowohl die Bekleidungs- als auch die Reisezeit

die Reisezeit

sonst vermehrte Aufträge zu bringen pflegte, als auch das Sattlerhandwerk, dessen Verkaufsgeschäft um diese Jahreszeit sonst lebhaft war, berichten, daß die Geschäftsbefehle kaum noch spürbar war. Im Holzgewerbe droht das Geschäft völlig ins Stocken zu geraten. Nicht einmal in ländlichen Gegenden, wo durch die Heuernte sowie durch die bevorstehende Getreideernte eine Vermehrung der Aufträge zu erwarten war, sind Reparaturarbeiten in nennenswertem Umfang in Auftrag gegeben worden. Auch die metallverarbeitenden Handwerke berichten, daß eine beinahe völlige Geschäftstillstand bei ihnen herrscht. Die ungeheure Ausdehnung der Schwarzarbeit bedeutet nach wie vor ein starkes Hemmnis für die Entwicklung der Handwerkswirtschaft.

Die Beseitigung der Umsatzsteuerfreigrenze

von 5000 Mark ist durchaus geeignet, dem Handwerk in erheblichem Umfang seine Lage zu erschweren. Dazu kommen die Klagen über die unerträglich hohen Beiträge des Handwerks zu den Berufsgenossenschaften. Die Zahl der Konkurse sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Versteigerungsverfahren ist bereits ständig im Zunehmen begriffen.

In welcher katastrophalen Weise sich die Krise im selbstständigen Handwerk ausgewirkt hat, beweist u. a. der Umstand, daß die Zahl der Handwerksmeister, die die Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch nehmen müssen, immer größer wird.

Wie aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt, war auch auf dem Arbeitsmarkt des Handwerks der Rückgang der Arbeitslosigkeit wesentlich geringer als im Vorjahr. Die Handwerkerlöhne haben in den letzten Monaten, namentlich in einzelnen Berufs- und Baubewerben, Rückgänge erfahren, durch die sie den heutigen Verhältnissen angepaßt wurden.

Regierungserklärung in Oldenburg.

Die Aufgabe der nationalsozialistischen Regierung.

Zu Beginn der Vollversammlung des Oldenburgischen Landtages gab Ministerpräsident Röber eine längere Regierungserklärung ab, in der er eingangs darauf hinwies, daß das Staatsministerium die Führung des Freistaates in der größten Notzeit übernommen habe. Es sehe seine vordringlichste Aufgabe in der Frage der Arbeitsbeschaffung. Daneben werde es auf kulturpolitischem Gebiet in nationalem und christlichem Sinne Aufbauarbeit leisten. Die größte Sorge des Staatsministeriums bestehe zunächst darin, wie es das Land über die trostlosen finanziellen Verhältnisse hinwegbringe. Das Staatsministerium sei sich bewußt, daß, falls Wandlung nicht in kürzester Zeit vom Reich auf allen Gebieten des Lebens in nationalsozialistischem Sinne eintreffe, eine Rettung des Freistaates aus seiner schwierigen Lage ebenso wenig wie die Rettung des ganzen deutschen Volkes möglich sei.

Jetzt gelte es nicht Kritik zu üben,

sondern zu versuchen, über den Trümmerhaufen finanzieller Art hinwegzukommen. Dieser Trümmerhaufen sei letzten Endes eine Folge davon, daß die Freistaaten sich nicht rechtzeitig gegen den Kurs des Reiches aufgelegt hätten. Im Augenblick bestehe keine Aussicht, daß ein völlig anderer Kurs genommen werde. Die Regierung von Bayern sei keine nationalsozialistische Regierung. Man müsse aber immerhin von ihr erwarten, daß sie gegen die heute von Bayern aus gegen das Reich unternommenen Vorstöße vorgehe. Nicht das bayerische Volk, sondern politische Eliten seien für das dortige Vorgehen verantwortlich.

Ministerzahl in Oldenburg bleibt.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung des Oldenburgischen Landtages gelangte der verfassungsändernde Gesetzentwurf über die Verringerung der Ministerzahl von drei auf zwei zur Verhandlung.

Nach längerer Aussprache, in der sich Redner der Mittelparteien und der Linken gegen die Verringerung aussprachen und die Zentrumsabgeordneten eine Verringerung auf einen Minister verlangten, wurde der Antrag mit 24 Stimmen der Nationalsozialisten gegen 17 Stimmen der anderen Abgeordneten abgelehnt; die verfassungsändernde Mehrheit war nicht erreicht.

Anhalt führt freiwilligen Arbeitsdienst ein

Ausbildung des Lehrpersonals.

In einem Aufruf fordert die Regierung in Anhalt die Bevölkerung zur Bildung einer Stamm- und Lehrabteilung in Stärke von 215 Freiwilligen für die praktische Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf. Dadurch soll das Aufstiegs- und Verwaltungspersonal für die kommende Arbeitsstruppe ausgebildet werden. Die Arbeitswilligen erhalten eine dreimonatige Ausbildung.

Die Rechtsgrundlage für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Das Reichsarbeitsministerium weist darauf hin, daß die Rechtsgrundlage über den freiwilligen Arbeitsdienst die Verordnung vom 23. Juni d. J. sei. Es bleibe jedem deutschen Lande unbenommen, von sich aus Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes zu treffen, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen auch von dem betreffenden Land selbst finanziert werden, wie es beispielsweise in Anhalt schon geplant ist. Das Reich hat bekanntlich besondere Mittel im Haushalt für den freiwilligen Arbeitsdienst eingesetzt. Diejenigen Länder, die einen Teil dieser Mittel in Anspruch nehmen wollen, müßten sich dann naturgemäß auch den reichsrechtlichen Bestimmungen, die demnächst zu erwarten sind, anpassen.

Thüringischer Landtag bis zum Herbst vertagt.

Neuwahlen im Dezember 1932.

Nach der Verabschiedung des Staatshaushalts 1932 und Ablehnung der kommunistischen und nationalsozialistischen Auflösungsanträge vertagte sich das thüringische Landesparlament bis zum Herbst. Der Landtag wird zu seiner letzten Sitzungsperiode im September wieder zusammentreten. Anfang Dezember werden voraussichtlich die Neuwahlen stattfinden.

Deutsche Reichsbahngesellschaft.

50. Vollversammlung des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft trat zu seiner 50. Vollversammlung zusammen. In den Beratungen über das Finanzergebnis wurde festgestellt, daß sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 1932 der Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahre weiter fortgesetzt hat. Der Rückgang beträgt gegen 1930 27,4 Prozent, gegen 1929 45,2 Prozent. Die Reichsbahnverwaltung ist nach wie vor bemüht, durch Ausgabenreduzierung dem Einnahmerückgang zu begegnen, soweit es sich mit der unbedingten Wahrung der Betriebssicherheit vereinbaren läßt. Dennoch wird es im Jahre 1932 auf keinen Fall gelingen, die Ausgaben den gesunkenen Einnahmen auch nur annähernd anzupassen.

Der Verwaltungsrat beschloß sich eingehend mit der Frage des Kraftwagenwettbewerbs.

Die Kraftwagenverordnung, welche nun acht Monate in Kraft ist und für welche die Reichsbahn in der Tarifgestaltung der oberen Klassen große Opfer bringen mußte, ist bisher so gut wie nicht durchgeführt worden. Der Verwaltungsrat hat den Generaldirektor beauftragt, bei der Reichsregierung die dringende Vorstellung zu erheben, daß der ernsthafteste Versuch gemacht wird, die Verordnung zur Durchführung zu bringen. Sollte sich nicht in kurzem ergeben, daß auf diese Weise der Zweck der Verordnung erreicht werden kann, so sind weitere Maßnahmen zur Schaffung eines gesunden Verkehrs wesens unvermeidlich.

Für die steuerfreie Reichsbahnanleihe

soll nach Beschluß des Verwaltungsrats die Zeichnungsfrist mit dem letzten Einzahlungstermin am 15. August 1932 ablaufen. Die Anleihe hat bisher Zeichnungen in Höhe von 248,9 Millionen Mark erbracht, von denen 191,7 Millionen Mark (das sind 77 Prozent) eingezahlt sind.

Burgfrieden an der Berliner Universität.

Alle Studenten sind damit einverstanden

Dem Rektor der Universität Berlin, Professor Lüders, liegen schriftliche Erklärungen der Studentenvertreter aller politischen Richtungen vor, wonach die einzelnen Gruppen gewillt sind, den Burgfrieden in der Universität zu halten, damit der geregelte Lehrbetrieb aufrechterhalten werden könne. Sie haben die feste Absicht, sich aller Provokationen zu enthalten. Der Senat tritt am Sonnabend zusammen, um die Maßnahmen zu beraten, die die Durchführung des Burgfriedens gewährleisten.

Es sei bemerkt, daß die Gefahr bestand, daß die Universität während des ganzen Semesters geschlossen bleiben würde.

Die unsinnigen Zinssätze für Deutschlands Auslandsschulden.

Zinsermäßigung, aber keine Kapitalherabsetzung.

In London begannen die Stillhalterverhandlungen, die nach dem Stillhalteabkommen vierteljährlich stattfinden. Die deutschen Vertreter haben darauf hingewiesen, daß die Reichsbank 60 Millionen Mark an Gold und Devisen verloren hat. Ferner betonten sie, daß eine Ermäßigung der Zinsen notwendig sei, an eine Kapitalherabsetzung aber nicht gedacht werde.

Die Nachricht über die Konvertierung der englischen Kriegsanleihe hat in Berlin im Zusammenhang mit den bevorstehenden Londoner Verhandlungen über die Herabsetzung der Zinsen für die deutschen privaten Auslandsschulden großes Interesse erweckt. Die Konvertierung ist nach hiesiger Auffassung ein Beweis dafür, daß man nunmehr auch in England einzusehen beginnt, daß die alten Zinssätze viel zu hoch sind. Der Zinsfuß für die englische Kriegsanleihe, der bisher 5 Prozent betrug, ist, wie schon gemeldet, auf 3½ Prozent herabgesetzt worden. Wenn man bedenkt, daß für die Deutschland gewährten ausländischen Kredite heute noch vielfach 8 bis 9 Prozent Zinsen gezahlt werden, so ergibt sich, wie unsinnig es ist, wenn die Gläubiger noch auf der Weiterzahlung solcher Zinssätze bestehen.

Der Fernoststreit vor dem Völkerbund.

Die Türkei zum Eintritt aufgefordert.

Nach einer geheimen Sitzung des 19er Ausschusses trat die außerordentliche Völkerbundversammlung zur Schlichtung des japanisch-chinesischen Streites unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Symans zu einer Sitzung zusammen.

Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung beantragte der Spanier Madariaga die Einladung der Türkei. Die von allen Staatsmitgliedern sowie von zahlreichen anderen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes unterzeichnete Einladung fordert die türkische Regierung auf, ihre Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen. Die Versammlung beschloß, diese Einladung auf die Tagesordnung zu setzen und zugleich das Einladungsschreiben an die türkische Regierung abzusenden.

Sodann legte Präsident Hymans bezüglich des chinesisch-japanischen Streites der Versammlung einen Entschließungsantrag vor, demzufolge die Frist für den nach Artikel 15 des Völkerbundespaktes zu erstattenden Bericht bis zum 1. November verlängert werden soll. Der chinesische Vertreter Yen stellte fest, daß die chinesische Regierung nur mit Widerstreben ihre Zustimmung zur Fristverlängerung gebe. Denn diese Verlängerung stelle einen neuen Zeitverlust dar, und die vom Völkerbundpaket vorgesehene Sechsmonatsfrist sei kein Minimum, sondern ein Maximum. China warte bereits zehn Monate auf die Hilfe des Völkerbundes.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 2. Juli 1932.

Um die Seele.

Matth. 8, 36: Was hilfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt und nähme an seiner Seele Schaden!

Dies ist der letzte Sinn aller Menschengeschichte im großen und jedes einzelnen Lebens: Der Kampf um die Seele. Es geht um die Seele. Die einen leugnen sie und sagen: Der Stoff, die Materie ist das allein Wirkliche, einen Gott gibt es nicht, eine ewige Seele im Menschen auch nicht. Der Mensch ist das Produkt der Verhältnisse. Damit wird aber dem Weltganzen der höhere Sinn genommen und der Mensch wird herabgewürdigt. Denn wer in sich selbst nichts weiter sieht als ein Produkt der Verhältnisse, der wird auch zum Sklaven der Verhältnisse: äußerlich bequeme Verhältnisse, danach geht sein Streben, in ungünstigen Umständen verliert sein Leben Sein und Freude. Die Kraft, der Versuchung zu widerstehen, wird gebrochen, der Mut, das Unglück zu meistern und zum Segen zu wenden, wird vernichtet.

Seinen größten Ausdruck findet dieser Materialismus in dem Satz: Das Leben ist nichts weiter als der Kampf um den besten Platz am Futtertrog. Damit aber ist der Mensch zum Tier herabgewürdigt, das Menschenleben entheiligt und sinnlos. So war es immer. Aber heute ist es so deutlich geworden wie früher nie: in der Gottlosenbewegung mit all ihrer niedrigen Robheit. Wir

Von der Hand in den Mund.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Die Bank von England hat den Diskont auf 2 Prozent gesenkt. Vielleicht ist das ein günstiger Ausfall für die Verhandlungen über das Stillhalteabkommen, die am 1. Juli in London begonnen haben. Es kommt hierbei nicht so sehr eine Weiterbefristung in Frage, denn diese ist gesichert, sondern vor allem auch eine Senkung der Zinssätze für die deutschen Auslandskredite. Diese Zinssätze liegen noch immer bei 6 bis 7 Prozent, wozu noch die ziemlich hohen Vergütungen für die jeweilige Weiterbefristung der Rückzahlungsdaten kommen. Von deutscher Seite soll wohl versucht werden, den Zinssatz wenigstens auf 5 Prozent herabzudrücken, aber es scheint doch so, daß das nicht ausreicht, da auch die Rückwirkungen auf die Reichsbank in Erwägung gezogen werden müssen. Die Reichsbank kämpft schwer um ihren Gold- und Devisenbestand, zumal sie auf der einen Seite die Devisen für die Zinszahlungen sowie für das Lee-Higginson-Abkommen bereithalten muß, während auf der anderen Seite aus dem Außenhandel und weiteren Quellen nur geringe Beträge an Devisen und Metall zurückfließen. Daß die Reichsregierung gerade in diesen Tagen das Haushaltsgesetz für 1932/33 durch Notverordnung verabschiedet hat, ist zwar ein Zufall, aber er paßt ausgezeichnet dazu, daß in Lausanne versucht wird, Deutschland auf Schuldszahlungen festzulegen. Nicht darauf kommt es heute an, daß der Reichshaushalt auf dem Papier mit 8,2 Milliarden abgeglichen werden muß, also mit fast vier Milliarden Mark weniger als im Jahre 1930, sondern darauf, daß die Steuerkraft des deutschen Volkes völlig ausgeschöpft ist. Während beispielsweise in England und Frankreich die steuerfreie Grenze für Einzelpersonen bei ungefähr 2300 beginnt, beträgt sie in Deutschland 720 Mark. Nun kommt es auf die Haushaltsstruktur allein nicht an, sondern vor allem darauf, durch einen Umbau der Finanz- und Steuerpolitik produktive Kräfte wieder freizumachen. Es ist keine Finanz- und Wirtschaftspolitik, wenn das Reich durch die Überdrehung der Steuerschraube die großen Unternehmungen zum Erliegen bringt, um sie dann durch Reichshilfe wieder flottmachen zu müssen. So wichtig die Arbeitsbeschaffung ist, so darf doch die Reichsregierung nicht alles Heil von dieser Arbeitsbeschaffung erwarten.

Die Verhandlungen in Lausanne haben leider noch nicht dazu geführt, Europa von dem politischen Druck zu befreien, der bisher immer wieder den Wiederaufstieg der Wirtschaft verhindert hat. So müssen sich die Länder buchstäblich von der Hand in den Mund helfen, wie das soeben wieder Deutschland und die Schweiz getan haben, insofern als Deutschland sich verpflichtet hat, der Schweiz nach der Schweiz aus Deutschland die Grenzen zu lockern, während auf der anderen Seite die Schweiz die deutsche Ausfuhr in dem bisherigen Umfang wieder zuzulassen verpflichtet hat. Das sind Freiheitserscheinungen, die beweisen, daß Europa nur durch großzügige Maßnahmen aus der Krise herauskommen kann, in die es durch die Torheit der Versailler Politik und der Tribute hineinmanövriert worden ist.

Der Wahlkampf beginnt.

Wahlaufbruch der Deutschnationalen.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, veröffentlicht den folgenden Aufruf zur Wahl: „Der 31. Juli soll vollenden, was mit dem Sturz Brünnings begann: die endgültige Ausschaltung des alten Systems aus Staat und Verwaltung. Darüber hinaus aber wird dieser Wahlkampf ein Ideenkampf sein. Wer die Macht will, hat zu beweisen, daß er das Recht zur Macht hat. Nur derjenige darf es wagen, die Führung des Staates zu übernehmen, der aus eigener Erfahrung, aus eigener Kenntnis um die Voraussetzungen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens weiß.“

Das Ziel des 31. Juli

ist die Erreichung der absoluten Mehrheit für die nationale Opposition. Das Ziel des 31. Juli ist eine starke und einflussreiche Deutschnationale Volkspartei innerhalb dieser Mehrheit. Nur dadurch kann sich deutschnationales Gedankengut bei der Neugestaltung Deutschlands durchsetzen. Der Augenblick ist da, in dem sich entscheidet, wie Deutschland in Zukunft regiert werden soll.

Sozial ist, wer Arbeit schafft. Wirkliche Sozialpolitik ist nur gegen den Sozialismus zu machen. Nur die Wiederherstellung der finanziellen Lebensfähigkeit aller Wirtschaftszweige, beginnend mit der Landwirtschaft, kann zu wirklicher dauernder Gesundung der Wirtschaft und damit zur Behebung der Arbeitslosigkeit und der Finanznot der öffentlichen Hand führen.

Ein starker Mittelstand,

auf gesundem Wohlstand aufgebaut, ist die beste Gewähr für eine lebensfähige Wirtschaft, der beste Schutz gegen übertriebene Konsum- und Trübsbildungen, gegen die Vorherrschaft einer falschen Gewerkschaftspolitik und gegen die Abhängigkeit vom internationalen Leihkapital. Die Wiederherstellung des Persönlichkeitswertes in der Wirtschaft und ihrer vollen Verantwortlichkeit ist die beste Sicherung gegen Korruptionsercheinungen, wie sie eine sozialisierte Wirtschaft eigen sind.

Deutsche Kultur und christliche Religion

sind die Grundlagen des Volkslebens. Wir verlangen den Schutz der christlichen Kirchen durch Unterdrückung der Gottlosenbewegung, wir verlangen aber auch von den Kirchen, daß sie sich zum nationalen Staate bekennen und für ihn kämpfen. In der Volksbildung muß der heutigen Forderung „gleiche Bildung für alle“ der Grundsatz gegenübergestellt werden: Jedem die seiner Veranlagung entsprechende Bildung! Demgemäß verlangen wir den Abbau des überspannten Gerechtigkeitswesens. Die Schulen müssen auf christlicher Grundlage stehen, weltliche Schulen sind abzulehnen.

Die deutschnationale Staatsidee lehnt die zentralistischen Bestrebungen des bisherigen Systems ab. Sie will den Staat auf diejenigen Aufgaben beschränken, die ur-eigenste Angelegenheit des Staates sind. Ein starker

Ausbau der Selbstverwaltung

soll die bodenständigen Kräfte des Landes zur Mitarbeit heranziehen. Die Rechte des Beamtentums müssen gegen Willkür gesichert, seine Reihen von ungeeigneten Elementen gefädelt werden, die ihre Stellung dem Parteibuch verdanken.

Innenpolitische Streiflichter

Reichsgericht billigt

Vorwärts-Verbot.

In der Angelegenheit des vom Reichsinnenminister Freiherr von Gahl geforderten Verbotes des Vorwärts hat der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Büniger folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Verbot wird für zulässig erklärt. Der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der jetzigen Zeit, einen wirksamen Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich.“

Das Reichsgericht mußte sich mit dem Zeitungsverbot befassen, da sich der preussische Innenminister geweigert hat, das Verbot auszusprechen und das Reichsgericht, wie gesetzlich vorgesehen, zur Entscheidung angerufen hat.

Über die Frage eines Verbotes der Kölnischen Volkszeitung, die ebenfalls vom Reichsinnenminister gefordert worden ist, ist in Leipzig noch nicht verhandelt worden.

Verwarnung der Hamburger Nachrichten.

Der Hamburger Senat hat die politisch rechtsstehenden Hamburger Nachrichten wegen einer Reihe von Behauptungen und Bemerkungen in dem Offenen Brief der Hauptschriftleitung an den Reichskanzler der Zeitung, die, wie amtlich mitgeteilt wird, von völlig unrichtigen Angaben ausgingen, verwarnet. Der Senat hat gleichzeitig den Hamburger Nachrichten mitgeteilt, daß, nachdem sie bereits durch die Polizeibehörde zweimal verwarnet worden sind, die durch die Verordnung vom 14. Juni 1932 gegebene Möglichkeit eines Verbots künftig in gleichgearteten Fällen unnachlässig angewandt werden wird.

Gegen das Amnestiegesetz in Preußen.

Einspruch des Preussischen Staatsrats.

Der Preussische Staatsrat hat mit 60 gegen 19 Stimmen der Kommunisten und einer Reihe von deutschnationalen Mitgliedern der Fraktion Arbeitsgemeinschaft beschloffen, entsprechend dem Vorschlag des Verfassungsausschusses gegen das vom Preussischen Landtag beschlossene Amnestiegesetz Einspruch zu erheben.

In der Begründung des Einspruchs wird u. a. darauf hingewiesen, daß das Gesetz nach Auffassung des Ausschusses eine schwere Gefährdung der Strafrechtspflege und der Staatsautorität bedeute, da es vorwiegend aus politischen Gründen begangene Straftaten ohne Rücksicht auf die Gesinnung des Täters von Strafe frei lasse und auch bei den Dienstvergehen der Beamten keine Rücksicht auf die Art und Schwere des Vergehens nehme. Während bei Notdelikten Amnestie nur eintrete, wenn die Tat nicht von Rohheit, Gewinnsucht oder Niedrigkeit der Gesinnung zeuge, würden politische Delikte ohne Rücksicht darauf amnestiert. Gegen die Einzelaufzählung der von der Amnestie ausgeschlossenen Vergehen und Verbrechen bestünden schwere Bedenken, da auch bei anderen als den aufgeführten Straftaten die Art der Ausführung und die Gesinnung des Täters diesen oft als der Amnestie unwürdig erscheinen ließen. Das gelte vor allem für die Vergehen der Beleidigung in einer Zeit, in der die Ehre der Mitmenschen im politischen Leben nicht mehr geachtet werde.

Eigener Amnestieentwurf des Preuss. Staatsrats

Nach dem Einspruch des Preussischen Staatsrates gegen das Amnestiegesetz werden sich die Fraktionen des Staatsrates in den nächsten Tagen mit der Fassung eines eigenen Amnestiegesetzentwurfes des Staatsrates beschäftigen. Zu diesem Zweck werden von den einzelnen Fraktionen alsbald Vorschläge für die Gestaltung des Gesetzes gemacht werden.

„Guten Morgen, Herr Graf!“

Schutz für den deutschen Film.

Jeder, der einmal eine Theater- oder Filmaufführung besucht hat, weiß, daß neben den Großen der Bühne, die auf dem Theaterzettel an erster Stelle in Fettdruck bezeichnet sind, eine Reihe kleinerer Schauspieler und Statisten tätig ist. Meistenteils beginnt die Bühnenlaufbahn so, daß der Schauspielerneuling ein Tablett mit Briefen auf die Bretter tragen oder die Meldung überbringen darf: „Die Pferde sind gesattelt!“

In arge Schwierigkeiten geriet man neulich bei einer Filmaufnahme in Deutschland, in der ein Statist vor dem Mikrophon die vier schönen deutschen Worte sprechen sollte: „Guten Morgen, Herr Graf!“ Diese vier Worte kann bestimmt jedes kleine Kindlein, vorausgesetzt, daß es deutsch sprechen kann, lassen. Bei der Filmaufnahme war es aber nicht möglich, von den zahlreichen Statisten auch nur einen Mann vor das Mikrophon zu bekommen, der diesen freundlichen Gruß hätte in die Welt senden können, da keiner von den Statisten die deutsche Sprache beherrschte, obwohl sie alle vorher versichert hatten, gebürtige Deutsche zu sein. Man mußte sich daher aus einer anderen Filmaufnahme einen Statisten leihen, der diese schwierige Rolle durchführte.

Diese und andere Mißstände im Filmwesen in Deutschland haben die Reichsregierung veranlaßt, ein neues Filmgesetz in Kraft zu setzen, nach dem bei der Herstellung deutscher Filme in der Hauptsache nur deutsches Personal mitwirken darf, und daß die Aufnahmen vor allem in Deutschland gemacht werden müssen.

Von zutreffender Stelle wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß keineswegs beabsichtigt sei, hervorragenden ausländischen Kräften, die sich um den Aufbau des deutschen Films verdient gemacht hätten, nun in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten. Für besondere Fälle sind infolgedessen Ausnahmen zugelassen. Der Zweck der neuen Bestimmungen besteht lediglich darin, die Gesamtbefugung bei der Herstellung der Filme genau zu überwachen, damit die geringen Arbeitsmöglichkeiten für die fleißigsten deutschen Filmkünstler und Komparisten auch gleichmäßig verteilt werden.

In der Öffentlichkeit ist nun die Befürchtung geäußert worden, daß andere Länder, in deren Filmindustrie deutsche Staatsbürger beschäftigt werden, Gegenmaßnahmen ergreifen könnten. Diese Befürchtung geht insofern von falschen Voraussetzungen aus, als die hauptsächlich in Frage kommenden Länder, nämlich England, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika, bereits früher Schutzbestimmungen für ihren eigenen Markt getroffen haben und somit Deutschland vorangegangen sind. Die Engländer haben bereits im Jahre 1927 in ihrem Quotengesetz derartige Maßnahmen getroffen; das französische Gesetz stammt ebenfalls schon aus dem Jahre 1928, und die Amerikaner sind vor ungefähr vier Monaten diesen Beispielen gefolgt. Ergänzend sei noch mitgeteilt, daß Naturaufnahmen für deutsche Filme erforderlichenfalls selbstverständlich auch im Auslande gemacht werden können.



Von der 8. Schlesischen Kulturwoche,

die gegenwärtig in Ratibor (Oberschlesien) veranstaltet wird und die den Gedanken der gemeinsamen Staats- und Kulturzusammenghörigkeit fördern soll: in einem

Dem übertriebenen Parlamentarismus von Weimar stellen wir den Führergedanken gegenüber. Echtes Führertum ist begründet auf der Verantwortlichkeit, die nicht auf die Geführten abgeschoben werden kann. Das republikanische Staatssystem hat in Deutschland vollkommen versagt. Zur deutschnationalen Staatsidee gehört die Erbmonarchie.

Nur eine starke Regierung, die sich auf kämpferische lebenswichtige Kräfte des deutschen Volkes stützt, wird die selbstverständlichen

außenpolitischen Ziele,

die vollständige und bedingungslose Streichung der Tribute, die Beseitigung der Kriegsschuldsätze und die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit erklämpfen und die

Festzug fuhr auch ein Wagen, der an das von Deutschland abgetrennte Sultschiner Ländchen erinnerte und der mit seinem eindrucksvollen Plakat mit dem Bildnis Friedrich des Großen starke Beachtung fand.

endgültige Befreiung des deutschen Volkes von den Fesseln von Versailles erreichen.

Nicht Neben und Massendemonstrationen, sondern nur nüchterne, von Sachkenntnis getragene Arbeit und der harte Wille einzelner wird Deutschland aus dem jetzigen Tiefstand emporführen.

Über einem so erstarkten Deutschen Reich werden die Farben schwarz-weiß-rot wieder Helmatrecht haben.

Der Wahlkampf ruft das deutsche Volk auf, sich zu bekennen. Zersplitterung ist ein Verbrechen. Alle Deutschen, die nicht sozialistisch denken, wählen deutschnational!

kämpfen dagegen: um die Seele im All um Gott; um die Seele in uns, das Leben aus Gott. Der Glaube daran hebt uns über die Verhältnisse empor: auch sie sind von Gott geordnet, in ihnen und durch sie arbeitet er an unserer Seele. Sie zu heiligen ist uns höchste Aufgabe; die Seele im Getriebe des Weltgeschehens zur Geltung zu bringen ist unser Wille und: aus dem Glauben daran, daß unsere Seele aus Gott, all unser Kämpfen für Gott und mit Gott ist, wächst uns trotz aller Not der Gegenwart die Gewißheit des Sieges, aber auch immer neu der große Ernst: kämpfe recht! Es geht um die Seele!

Wie wird das Wetter?

Die erste Sommerwoche ließ sich recht gut an. Abgehen vom Süden und einzelnen Teilen von Mitteldeutschland, wo in der ersten Wochenhälfte vielfach starke Gewitter mit kräftigen Niederschlägen niedergingen, hatten wir im größten Teile Deutschlands hochsommerliche Witterung. Die Temperaturen stiegen bis auf den Nordwesten Deutschlands kräftig an. In Nordwestdeutschland allerdings hielt sich die Quecksilbersäule unter 20 Grad Celsius, während sonst verschiedentlich 28 bis 31 Grad Celsius gemessen wurden. Gegen Ende der Woche lag der größte Teil Deutschlands im Bereich eines verhältnismäßig kräftigen Hochdruckgebietes. Tiefdruckwirbel lagen einerseits über Island, andererseits westlich von Irland. Das westliche Tief scheint, allerdings nur langsam, sich dem Kontinent zu nähern. Zunächst dürfte im allgemeinen das hochsommerliche Wetter anhalten. Mit dem Herannahen der westlichen Depression dürfte es dann zu erhöhter Gewittertätigkeit kommen.

Salver

† **Landrat Graubner gestorben.** Am gestrigen Freitag, dem 1. Juli, ist Herr Landrat Graubner zu Altena sanft entschlafen. Am 1. Juli 1927 übernahm er die Dienstgeschäfte des Landratsamtes in Altena, nachdem Herr Landrat Geheimrat Dr. Thomee, infolge Erreichung der Altersgrenze, in den Ruhestand veretzt war. Der Tag seines Dienstantritts beim Kreise ist somit auch sein Todestag. Vorher war der jetzt Verstorbene im Finanzministerium beschäftigt. 5 Jahre hat er dem Kreise als wohlwollender Berater vorgestanden und mit großem Geschick die Dienstgeschäfte in der heutigen schweren Zeit geleitet. Keine Zeit und Arbeit war ihm zu kostbar um sie dem Wohle seines Kreises zu widmen. Landrat Gr. hat sich während seiner verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Tätigkeit große Verdienste um den Kreis Altena erworben. Er war ein großer Förderer des Wegebauwes, der Ausbau der Straße Bergfeld—Anschlag (jetzt Kreisstraße) ist seiner persönlichen Fürsprache zu verdanken. Seine besondere Fürsorge galt dem Wohle der Landwirtschaft, wo er hier helfend eingreifen konnte, war ihm keine Arbeit und Mühe zu viel. Ebenso war er eifrig bestrebt das Wohl der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger nach Kräften zu fördern. Die Kreiseingeweihten stehen trauernd an der Bahre ihres allzufrüh verstorbenen Landrats. Er ruhe in Frieden!

—§ **Der Ausflug des Kindergottesdienstes** ist für Sonntag, den 17. Juli vorgesehen. Das idyllisch gelegene Langenscheid wird in diesem Jahre das Ziel sein. Es ist ein nicht sehr weiter Weg, den die kleinsten Besucher des Kindergottesdienstes sowohl, als auch die Großeltern, ohne Mühe mitmachen können. Auf den abgeernteten Feldern des Herrn Pulvermacher und unter den hohen Buchen können Spiele getrieben und Raft gehalten werden. Möge die Teilnahme an dem beliebten Ausfluge eine recht große sein, für genügende Sitzgelegenheit wird bestens gesorgt.

Schalksmühle

Am Sonntag, den 3. Juli veranstaltet der Sportverein „Germania“ Schalksmühle neben dem Vereinslokal von Hugo Wermeckes in der Klagebach sein diesjähriges großes Waldfest. Der Verein hat auch diesmal keine Mühe und Arbeit geschenkt, das Fest zu einer wahren Tradition werden zu lassen. Alt und Jung werden am kommenden Sonntag auf ihre Kosten kommen. Das Fest ist zu empfehlen, denn die Sehwürdigkeiten und Neuerungen, die dort geboten werden, sind tatsächlich Seltenheiten. Neben den bekannten Ständen, wie Bier, Schießstände, Glücksrad, Blumen mit kostbaren Blumen, kommt auch das Tanzbein zu seinem Rechte. Versäume daher niemand dieser Veranstaltung beizuwohnen, da sie alles das überbietet, was bisher geboten wurde.

—c **Das Anklebeverbot der Polizeiverwaltung macht Schule.** Nachdem durch den Gemeindevorstand zwei Plakattafeln in der Hölver- und Bahnhofstraße aufgestellt fanden und neuerdings noch eine gegenüber der Apotheke an der Bergstraße aufgestellt worden ist, ist das Befehlen des Feuerwehrgaragehauses verboten worden. Die Firma „Bereinigte elektrotechnische Fabriken F. W. Busch und Gebr. Jaeger A. G.“ hat nunmehr auch ein Verbot, das Fabrikmauerwerk zu bekleben, ergehen lassen und dies durch entsprechende Schilder angezeigt. Die Fabrikanlagen wurden stets durch Plakattafelung verunziert, was nun in Zukunft wohl unterbleiben wird. Sonst sind empfindliche Strafen zu erwarten. Das Ansehen des Ortsbildes wurde keineswegs durch die teilweise unsinnige Plakattafelung gehoben.

Dahlebrück

—n **Straßenausbaubau des Weges von der Glörtalsperre zum Voh** von der Gemeinde Breckerfeld in Aussicht genommen. Der Fahrweg von der Glörtalsperre zum Voh, der eine Benutzung mittels Fahrzeuge größeren Umfangs augenblicklich infolge seiner schlechten Beschaffenheit nicht zuläßt, und somit den Verkehr mit der alten Hanfsaßstadt Breckerfeld gänzlich abschneidet, soll demnächst in Ordnung gebracht werden. Die Gemeinde Breckerfeld hat in der letzten Gemeindevertretung beschlossen, dem erneuten Antrag der Interessenten, die die Hand- und Spanndienste kostenlos ausführen wollen, wodurch also die Gemeindekasse eine nicht allzugroße Belastung erfahren wird, zumal die Wegestrecke auch nur eine ungefähre Länge von 900 Metern beträgt, nach Erledigung der bereits in Angriff genommenen Wegeverbesserungen sofort ernstlich näherzutreten, und sich für eine beschleunigte

Durchführung der geplanten Wegeausbaubau einzusetzen. Dieser Schritt ist sehr zu begrüßen. Dadurch würde auch den Autofahrern, die jetzt schon einmal, wenn sie zur Glörtalsperre wollen, den steinigen, ausgefahrenen Fahrweg benutzen müssen, ohne Mühe über Voh—Branten Anschluß an die Heerstraße und nach Breckerfeld zu bekommen. Eine Fremdenverkehrsverbesserung für die Stadt Breckerfeld dürfte auf diese Weise in verstärktem Maße erreicht werden.

—n **Das Schwimmfest um eine Woche verschoben.** Das vom Schwimmverein „Neptun“ Lüdenscheid, dessen Ruf weit über die Grenzen seines Heimatstädtchens Lüdenscheid hinausgeht, in Vorbereitung genommene Schwimmfest, welches der veranstaltende Verein unter Mitwirkung eines Hagener Schwimmvereins und unter Beteiligung namhafter Schwimmer und Schwimmerinnen ursprünglich am 17. Juli an der Glörtalsperre durchführen wollte, muß leider aus besonderen Gründen, eine Woche früher gelegt werden, also Sonntag, den 10. Juli, nachmittags an der Glörtalsperre, die hierfür freigegeben ist. Alle Arten des Volksgesundheits fördernden Schwimmports werden gezeigt, Staffeln werden ausgetragen und Wasserballspiele, Reigen usw. Es ist mit einem großen Besuch zu rechnen, da beide Vereine große Sympathien genießen und außerdem ein Sonderzug aus dem Kohlenrevier mehrere Hundert Ausflügler nach Dahlebrück und Schalksmühle bringt, deren Ziel die Glörtalsperre ist.

Breckerfeld

—f **Ein Unfall,** der schwere Folgen nach sich ziehen konnte, ereignete sich vorgestern bei einem Bau auf Glörfeld. Ein dort beschäftigter Breckerfelder kam bei den Ausführungen seiner Arbeiten zu unglücklich zu Fall, so daß er mit verschiedenen Verletzungen nach Hause geschafft werden mußte, wo ihm ärztliche Hilfe zu teil wurde.

—f **Zum Reichstriegetag in Dortmund** nimmt der Kriegerverein Breckerfeld mit der stattlichen Anzahl von ca. 75 Kameraden teil. Das kameradschaftliche Wiedersehen in Dortmund bietet ein abwechslungsreiches Programm. Abfahrt punkt 8 Uhr vom Vereinslokal.

Schwelm. Zu den Schmerzenskindern des Kreises gehört auch das Haus Rochholz, das insgesamt 25 000 R.-Mark Zuschuß für 1932 kosten wird. Auf Rittergut Rochholz ruhen für den Kreis noch 200 000 R.-M. Restkaufgeldschuld. Angesichts dieser Tatsache läge es also nahe, diese Besitzung zu verkaufen, und wie man hört, schweben derartige Verkaufsverhandlungen schon seit längerer Zeit. Ähnliche Zuschußobjekte verzeichnet der Etat mehrere, sie sind zum Teil Erbschaften aus der Zeit der Bildung des Ennepe-Ruhrkreises. Hierzu gehört auch das Kinderheim auf Roderney, endlich auch der Hengstensee, an dessen Seegesellschaft (Gesellschaftskapital 140 000 Mark der Kreis mit 20 000 Mark beteiligt ist und die in diesem Jahre 77 324 Mark Zuschuß erfordert, woran der Kreis mit 11 000 Mark beteiligt ist. Ein Schmerzenskind besonderer Art ist noch das Tuberkulosenheim. Es kostet im jetzigen unfertigen Zustande an die 70 000 Mark Zinsen, außerdem laufen Verträge auf Fertigstellung, die aber insgesamt noch etwa eine Million fordern würden.

Siddorf. Beim Baden ertrunken. Am Mittwoch ertrank hier in den Spätnachmittagsstunden im Hafen ein 21-jähriger junger Mann aus Frankfurt a. M. Der junge Mann war auf dem hier im Hafen liegenden Holzschleppbahn Bayerland als Matrose beschäftigt. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren jedoch ohne Erfolg. Der Arzt stellte als Todesursache Herzschlag fest. Es liegt somit keine Fahrlässigkeit des jungen Mannes vor.

Kleve. Ein Marktschmuggler im D-Zug festgenommen. Er trug 18 000 Reichsmark bei sich. Heute kurz nach 8 Uhr wurde im D-Zug Düsseldorf—Amsterdam, kurz vor Nimwegen, ein Devisenschmuggler festgenommen. Der Schmuggler war von Düsseldorf aus von einem Kriminalbeamten verfolgt worden, der kurz vor der holländischen Grenze zugriff. Der Schmuggler ein Pole, war im Besitz von 18 000 Reichsmark in Tausendmarkscheinen. 15 Scheine hatte er unter dem äußeren Hutband versteckt, drei zwischen die Butterbrote gelegt.

Verden. Tod aus der Weger geborgen. Der seit dem letzten Sonntag verschwundene Maurermeister Heinrich Lankau wurde jetzt von dem Fährmann in Winkel als Leiche aus der Weser geborgen. Die Vermutung, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei — man vermutete sogar Raubmord —, bewahrheitet sich also nicht. Man fand bei L. noch einen größeren Geldebetrag und seine Taschenuhr. Somit liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß L. in der Dunkelheit auf seinem Heimwege von Verden nach Jnschede in die Weser geraten und ertrunken ist.

Stade. Diamantene Hochzeit. Am kommenden Sonntag können die Eheleute Altenteiler Martin Benede und Frau in Ahlerstedt das Fest der diamantenen Hochzeit feiern. Beide Eheleute sind rüstig und betätigen sich noch in der Wirtschaft. Benede war 24 Jahre Gemeindevorsteher in Ahlerstedt, gehörte dem Kreistag Stade an und war lange Jahre Vorsitzender der Amtssparkasse Harjesfeld. Er steht jetzt im 83. Lebensjahre, während seine Ehefrau am 15. Juli das 80. Lebensjahr vollendet. — **Z u n e h m e n d e Z i g u n e r p l a g e.** In den letzten Tagen wurden in den Dörfern in der Umgebung von Harjesfeld die herumziehenden Zigeuner zu einer regelrechten Plage. In zahlreichen Fällen verübten sie Diebstähle; meistens wurden Naturalien gestohlen, in Frankfurter auch ein Geldebetrag. Landjägerbeamten gegenüber benahmen sich die Zigeuner sehr renitent, so daß Hilfsträfte aus Stade und Harjesfeld herangezogen werden mußten.

Arbeitslosenhilfe.

Die Rotverordnung vom 14. 6. 32 verlangt u. a. die Abgabe einer Arbeitslosenhilfe von allen Festbesoldeten von den Arbeitsentgelt, die für die Zeit vom 1. 7. 32 bis 31. 3. 33 gewährt werden. Zum Arbeitsentgelt gehören außer Gehalt und Lohn auch Sach- und andere Bezüge. Einzugsstellen dieser „Abgabe“ sind die Krankenkassen, die sie als Zuschläge zu den Beiträgen zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung erheben. (von

Pflichtmitgliedern und freiw. Mitgliedern, soweit sie Lohn- und Gehaltsempfänger sind) Der Abgabe unterliegen nicht:

1. das Arbeitsentgelt der Beherlinge,
2. „ für vorübergehende Dienstleistungen nach § 168 RVO. und geringfügige Beschäftigung nach § 57a RVO. Anträge auf Befreiung sind rechtzeitig bei der zuständigen Krankenkasse zu stellen

Die Höhe der Abgabe beträgt in den Stufen 1—4 1,5 % und in den Stufen 5—10 2,5 % des Grundlohnes und ist vom Versicherten allein zu tragen. Für die nicht krankenversicherungspflichtigen, aber für den Fall der Arbeitslosigkeit versicherten Angestellten ist die Abgabe pauschaliert und beträgt bei einem monatlichen Arbeitsentgelt von

mehr als 300 bis 330 RM.	monatlich	8,35 RM.
330	360	10,10
360	390	11,80
390	425	13,70
425	460	15,70
460	495	17,70
495	530	19,70
530	570	21,85
570	610	24,15
610	650	26,45
650	700	29,05

Nah und Fern

○ **Flugzeugabsturz in Gelsenkirchen.** Das Flugzeug D. 1921 der Essener Fluggesellschaft stürzte über dem Flugplatz Gelsenkirchen-Rothhausen in der Nähe des Schwarzbaches beim Nehmen einer Linkskurve aus einer Höhe von 70 bis 80 Meter ab. Das Flugzeug, dessen Spitze sich in den Erdboden bohrte, wurde vollkommen zertrümmert. Aus den Trümmern wurden die beiden Insassen schwerverletzt geborgen.

○ **Vier Opfer eines nächtlichen Motorbootsunglücks.** In der Nähe von Grünau bei Berlin ereignete sich zur Nachtzeit ein schweres Bootsunglück. Auf der Dahme sank ein mit sechs Personen besetztes Motorboot. Eine Frau und zwei Männer konnten geborgen werden. Die Frau, die das Bewußtsein verloren hatte, starb wenige Stunden nach der Bergung. Zwei Männer und ein Kind werden vermisst.

○ **Verleger und Chefredakteur des Industrielexikon verhaftet.** Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III Berlin hat gegen den Verleger Dr. Ehrlich und den Chefredakteur Dr. Spicker vom Industrielexikon wegen Fluchtverdadts und Verdunkelungsgefahr Haftbefehl erlassen. Dr. Ehrlich und Dr. Spicker werden der gemeinschaftlichen vollendeten und versuchten Erpressung gegenüber dem damaligen Generaldirektor Zeppel vom Debaheim-Konzern und in einem weiteren Falle gegenüber einer Siedlungsgesellschaft beschuldigt.

○ **Ende des Morphinismus?** Der Berliner Chemiker Geheimrat Schirrauer behauptet, daß es ihm gelungen sei, ein Morphinum herzustellen, das alle Wohltaten des Morphinums in sich vereinigt, ohne Morphinumfucht zu erzeugen. Schirrauer war früher Hilfsarbeiter im Reichsgesundheitsamt und zuletzt Leiter der russischen Rauschgiftfabriken.

○ **Acht Jahre Zuchthaus für Spionage zugunsten Polens.** Der Erste Straßsenat des Kammergerichtes hat den ehemaligen Lehrer Günter Lucht aus Bistau (Grenzmark) wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

○ **Doppelmord und Selbstmord.** Im Dombrowaer Industriegebiet begab sich ein Mann namens Stibe in die Wohnung seines früheren Hauswirts Habier und forderte von ihm 1000 Zloty zurück, die er Habier geliehen hatte. Da Habier ihm das Geld nicht sofort geben konnte, kam es zwischen beiden zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf Stibe den Hauswirt durch zwei Revolverschläge tötete. Als Frau Habier hinzueilte, tötete Stibe auch sie durch einen Schuß. Dann richtete der Mörder die Waffe gegen sich selbst. Als der Revolver versagte, griff er nach einem Messer und stieß es sich in die Brust. Tödlich verletzt stürzte er neben seinen beiden Opfern zu Boden.

○ **Zugunfall in Polen.** Kurz vor Larnow entgleiteten vier Wagen des Schnellzuges Gdingen—Graubenz—Lemberg. Die Wagen sind zum Teil beschädigt worden. Sieben Personen trugen Verletzungen davon und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

○ **Ein finnische Segelschiff gerammt.** Das finnische Segelschiff „Melbourne“, das, mit Weizen beladen, aus Australien kam, wurde beim Leuchtturm Fastnet an der Südküste Irlands durch den englischen Tankdampfer „Seminole“ gerammt. Der Kapitän, zwei Offiziere und acht Mann sind ertrunken, die übrige Besatzung konnte gerettet werden.

Sind noch Deutsche in Kriegsgefangenschaft?

Verfuch zur Aufklärung zweifelhafter Schicksale.

Die immer wieder auftauchenden Nachrichten über eine angebliche Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich oder in den französischen Straßkolonien veranlaßt die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, einen neuen Versuch zur Aufklärung bisher zweifelhafter Einzelschicksale zu machen. Insbesondere soll die Frage geprüft werden, ob und in welchen Fällen vermutlich oder nachweisbar ein

Übertritt von Kriegsgefangenen in die Fremdenlegion erfolgt ist. Ferner sollen solche Fälle zu eingehender Verarbeitung gesammelt werden, in denen der Gesuchte aus der Gefangenschaft eine Nachricht gab, eine Heimkehr nach Deutschland aber trotz Bestehens einer amtlichen Todesnachricht nicht erfolgte. Es kommen also nur solche Fälle in Frage, bei denen die Tatsache der Kriegsgefangenschaft nicht bezweifelt werden kann oder bestimmte Anhaltspunkte dafür vorliegen. Über das allgemeine Schicksal der zwischen den Fronten vermissten Kriegsteilnehmer kann kein Zweifel bestehen. Sie müssen zu den Toten des Weltkrieges gerechnet werden.

Regimentsvereine, Frontkämpferverbände, alle ehemaligen Kriegsgefangenen und die Angehörigen der in der Gefangenschaft vermissten Deutschen werden um Mitarbeit gebeten. Zuschriften mit Rückporto an die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Berlin—Sieglist, Schönhauser Straße 26.

Reichstriergetag des Kyffhäuserbundes.

Der vom 1. bis 4. Juli stattfindende 4. deutsche Reichstriergetag des Kyffhäuserbundes in Dortmund wurde am Freitagmittag mit einem Presseempfang eingeleitet, an dem die Bundesleitung und die Führer der Landesverbände sowie zahlreiche geladene Gäste teilnahmen. Der 1. Bundespräsident General der Artillerie v. Horn erklärte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Kyffhäuserbund mit seinen rund drei Millionen Mitgliedern der größte Frontsoldatenbund der Welt sei. Der Bund sei zwar politisch ungebunden, aber in seiner intensiven Verfolgung vaterländischer Ziele eine Kraftquelle ersten Ranges. Je mehr der Einfluß der Parteien zurückgehe, desto mehr würden die Bünde an Bedeutung gewinnen. Der Kampf des Kyffhäuserbundes gehe vor allem gegen die Kriegsschuld, für die Gleichberechtigung in der Sicherheits- und Wehrfrage und für die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens.

Der 2. Präsident, Generalmajor a. D. Ritter v. Bedt, sprach sodann über das Verhältnis zwischen Nord und Süd. Er betonte als Vertreter Bayerns und im Namen der süd-deutschen Landesverbände mit schärfstem Nachdruck und unter spontanem Beifall der Anwesenden, daß Süddeutschland fest zum Reiche stehe. Bayern empfinde es als Schmach, wenn an seiner Reichstreue gezweifelt werde. Es müsse aber fordern, daß die Eigenrechte der Länder ungeschwächt erhalten blieben. Es sei wertvollstes Deutschland, das dagegen sei, daß die deutschen Länder zu Provinzen gemacht würden. Auf das tiefste zu beklagen sei die Zerschlagung des alten Heeres, das eine Volksgemeinschaft bester Art gewesen sei.

Weiter sprachen Generalmajor v. Endevert über die Ziele der Kyffhäuser-Jugendbewegung und der Präsident des Westfälischen Provinzialkriegerverbandes, Justizrat Dr. Löffler.

Am Freitagabend fand im Saale des Rathauses ein Empfang der Bundesleitung durch den Oberbürgermeister von Dortmund statt. Darauf veranstaltete der Dortmunder Kreiskriegerverband zu Ehren des 1. Bundesvorsitzenden einen Fackelzug.

Unwetterkatastrophen.

Hagelschlag in Schlesien und im Hunsrück. Teile des Mittel- und Niederrheins im nördlichen in Schlesien wurden von einem Unwetter mit Hagelschlag betroffen. Die Ernte wurde restlos vernichtet. Große Gebiete gleichen in kurzer Zeit einem einzigen See. Die Telegraphendrähte sind zum Teil zerrissen. In einem Orte ist auf der einen Straßenseite kaum ein Fenster ganz geblieben. Der Schaden ist noch nicht abzuschätzen. Infolge der schweren Wirtschaftslage ist ein großer Teil der kleineren Besitzer nicht versichert. Der Hunsrück litt unter einem schweren Gewitter, das über zwei Stunden dauerte und von wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag begleitet war. Besonders

Braunshorn wurde schwer betroffen. Die Dorfstraßen wurden bis zu fünfzig Zentimeter von den Wassermassen überflutet. Die Straßen sind tief aufgewühlt. Sehr stark hat die Frucht auf dem Felde gelitten, so daß kaum noch mit einer Ernte gerechnet werden kann. In Röhren wurde durch Blitzschlag ein landwirtschaftliches Anwesen vernichtet. Der Besitzer und sein Personal konnten nur das Vieh retten, während alles andere ein Raub der Flammen wurde.

„Daily Graphik“ in Konkurs.

Die New Yorker „Daily Graphik“, die zweitgrößte illustrierte Zeitung der Welt, ist der Wirtschaftskrise zum Opfer gefallen; sie hat am Freitagmittag den Konkurs anmelden müssen.

Fußball-Länderkampf Deutschland — Finnland 4:1

Der am Freitag in Helsingfors ausgetragene Fußball-Länderkampf zwischen Deutschland und Finnland endete in Anwesenheit von 5000 Zuschauern mit einem deutschen Siege von 4:1 (1:1). Die deutschen Torschützen waren Richard Hofmann und Kurt Ruß.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 1. Juli.

Landtagsauflösung in Thüringen abgelehnt. Weimar. Nach lebhafter Aussprache lehnte der Thüringer Landtag die von den Kommunisten und Nationalsozialisten beantragte Auflösung des Landesparlamentes ab. Für die Auflösung stimmten zwölf Abgeordnete der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen, während nach der Verfassung für die Auflösung 27 Stimmen erforderlich sind. Die Neuwahlen in Thüringen werden voraussichtlich Anfang Dezember stattfinden.

Die Abrüstungsbefehle in Genf vorläufig eingestellt. Genf. Die Abrüstungsbefehle zwischen den Abordnungen der großen und kleinen Mächte, die in den letzten Tagen in beschränktem Umfang wieder ausgenommen worden waren, sind jetzt gänzlich eingestellt worden, da sie, wie von gutunterrichteter Seite verlautet, namentlich zwischen Amerikanern, Engländern und Franzosen zu keiner Einigung geführt haben. Vor den auf den 5. Juli anberaumten Sitzungen des Büros der Konferenz dürfte sich somit in der Abrüstungsfrage in Genf kaum etwas Entscheidendes ereignen.

Verstarbeiterstreik in den deutschen Häfen beendet. Begegnung. Eine Abstimmung der organisierten Arbeiterschaft des „Bremer Vulkan“ ergab 371 Stimmen für Annahme und 131 Stimmen für Ablehnung des Vorschlages der Werftverwaltung bei 13 ungültigen Stimmen. In Hamburg erklärten sich 305 Stimmen für Ablehnung, während 2077 für Annahme waren; ungültig waren 20 Stimmen. Der Streik ist damit beendet und der Betrieb wird am Montag wiederaufgenommen.

Bankraub im Kreise Rendsburg. Hamburg. In Röstennienndorf im Kreise Rendsburg wurde in der Nacht ein frecher Bankraub ausgeführt. Drei maskierte Männer drangen in die dortige Spar- und Darlehnskasse ein, bedrohten den Kassabehälter und seine Frau, die ihre Wohnung in dem Gebäude haben, mit dem Revolver und raubten etwa 8000 Mark. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Helen Wills-Moody wieder Tennismeisterin. London. Der Freitag stand im Wimbledon-Tournament im Zeichen der Vorschlußrunden, die aber durch das Finalspiel im Dameneinzel noch an Bedeutung übertraffen wurden: Frau Helen Wills-Moody stand ihrer Landsmännin Helen Jacobs gegenüber. Wills-Moody gewann das Treffen mit 6:3, 6:1 und wurde erneut Weltmeisterin.

Familien-Nachrichten.

Verlobte: Hilbe Görke, Hagen und Ernst Lohmann, Anschlag, Klärchen Stahlhake, Meinerzhagen und Paul Monjour, Marienheide. Vermählte: Theodor Gust. Adernann und Elise Plate, Fläskamp bei Schalksmühle. Karl Mickenhagen, Wesseln und Elfriede Pfender, Schalksmühle. Eugen Hummel, Fläskamp und Meta Welsch, Schalksmühle. Otto Kumbacher und Hilba Pfaffenbach, Schalksmühle. Gestorben: Ww. Carl Schürmann, Anna geb. Buschhaus, Reblendorf, 67 J. alt. Ww. Theodor Schuster, Alwine geb. Borlinghaus, Heerhof, 73 J. alt. Fritz Schuster, Lünen-Scheid-Schlittenbach, 80 J. alt. Frau Ww. Aug. Kreimendahl, Lisette geb. Herbeck, Ramscheid, 91 J. alt. Ww. Emma Riggeloh, geb. Altena, Schalksmühle, 79 J. alt.

Geschäftliches.

„Juli-Markt“ im Kaufhaus Hermann Kornblum-Hagen. Mit dem gestrigen Tage begann die große Verkaufsveranstaltung „Juli-Markt“ im Kaufhaus Hermann Kornblum. Im Erdgeschoß geben viele Marktbuden ein hübsches buntes Bild. Preiswürdigkeit und Güte der dort ausliegenden Sonderangebote erfreuen alle Besucher des Marktes. Im 3. Stock herrscht Jubel und Trubel. Karussell, Rutschbahn, Kasperle-Theater, Süßigkeits-, Eisbuden usw. entzücken und begeistern die Herzen der Kinder, und die Erwachsenen schauen dem lustigen Treiben freudig zu. Wenn Sie Ihren lieben Kindern etwas Besonderes bieten wollen, dann müssen auch Sie unbedingt den „Juli-Markt“ im Hause Kornblum besuchen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Das Sammeln von Beeren und Pilzen ist in den Staatsforsten nur mit Erlaubnisscheinen gestattet. Solche Erlaubnisscheine für den Dienstbereich der Staatsförsterei Krebsdöge sind zu bekommen: 1. bei Herrn Johann Gebden, Ober-Schmittentiefen Post Radevormwald. 2. bei Herrn Holzhauermeister Wilh. Pulvermacher, Schwenke b. Halver i. W. 3. bei Herrn Gastwirt Ernst Zulauf, Wilhelmsdal bei Krebsdöge. Es sind zu entrichten: für Erwachsene 2 RM, für Ortsarme (mit Ausweis und Schulkinder 0,50 RM. für die Dauer des Jahres 1932. Das Betreten der durch besondere Zeichen oder Tafeln in „Schonung“ gelegten Kulturen ist verboten, ebenso der Aufenthalt im Walde von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang.

Der Preussische Staatsförster: gez. B o e ck.

2-3 Zimmer-Wohnung

in Breckerfeld zu mieten gesucht.

Angebote unt. B 644 an die Geschäftsstelle des Breckerfelder Tageblattes Fr. H. Klett, Breckerfeld.

1-2 Zimmer-Wohnung

für sofort zu mieten gesucht.

Angebote unter B 425 an die Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halver

6 Zimmer-Wohnung

gesucht, evtl. Tausch gegen zwei 4 Zimmer-Wohnungen.

Gesf. Angeb. unt. B 100 an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers Halver.

Mütterberatungsstunde

findet statt am Dienstag, dem 5. ds. Mts., nachm. 4 Uhr in der Gastwirtschaft Heesfeld in Schalksmühle, Hälverstr.

Der Bürgermeister.

Beratung und Vertretung in allen

Steuerangelegenheiten.

Dr. Erich Sturm,

Bücherrevisor, Steuer- und Wirtschaftsberater Lüdenscheld, Friedrichstraße 9a.

Wir suchen zur Unterbreitung an Kaufinteressenten verkäuflich landwirtsch. Anwesen, Geschäfts- u. Privathäuser gleich welcher Gegend und Größe.

Direkte Angebote von Eigentümern mit Preis u. Beschreibung an die Grundstücksbörse, Stuttgart, Hölzerstraße 38.

Landbund.

Sprechtag

in Halver am Mittwoch, den 6. Juli im Hotel zur Post nachm. von 5-6 Uhr.

Ver schwunden

sind Maulwürfe, Erdhunde

bei Anwendung meiner bewährten Mittel.

Drogerie

Carl Baukloh,

Kierspe-Wohnhof, Auf 572 Meinerzhagen

Meinen verehrten Schülern, Schülerinnen und Gönnern zur gefl. Mitteilung, daß ich auch nach meinem mit dem Prädikat „Gut“ bestandenen Staatsexamen nach wie vor auch in Halver, Elberfelderstr. 31 meinen erstklassigen und schnellfördernden

Klavierunterricht

nach modernsten Grundsätzen für Anfänger bis zur künstlerischen Reife zu mäßigem Honorar erteile.

Frida Berker,

staatlich geprüfte Musiklehrerin.

Ausgebildet in der Hochschullehrerklasse des Herrn Prof. Dahm-Köln.

Ingenieurschule Lage Bauschule

Elektrotechnik, Maschinentechnik, Automobilbau, Flugzeugbau, Schiffbau, Architektur, Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau, Tonindustrie

Kapital

1., 2., 3. Hyp. Betriebsg u. s. w.

Kostenl. Auskunft durch G. W. Seckelmann,

Heesfeld b. Carthausen

Drainagerohre

in allen gangbaren Weiten liefert ab Lager und auch waggonweise.

Carl Zimmanman

Ohl-Rönfahl

Auf Rönfahl Nr. 11 Bei Dienstschuß Rönfahl unterbrochen über Amt Gümersbach zu erreichen.

Rölnner Effekten-Notierungen vom 1. Juli.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustandgekommen.)

Barmer Bank. 48 1/4	Selsent. Bergw. 31
Rhein. Bauernb. —	Phönix Bergb. 16 1/4
M. u. Stuttg. 137	Rh. A. G. i. Zucker —
Col. Feuer gr. 85	Rhein. Wasser —
Gladbacher Feuer 415	Schuleri Electr. —
Et. Erdböl —	Wittener Guß —

Antlicher Preisbericht der Rölnner Produktenbörse. Röln, 1. Juli.

Es bedeutet Rg. Roggen, F. Futter, W. Winter, S. Sommer.

Weizen, rhein.	26,50	Weizenf.	8,75—10,25
71 Rg.	29,25—30,75	Roggenf.	8,25—8,50
Weizen, ausl.	20,75	Winterb.	10,75—11,25
Roggen, rhein.	—	Reinf. 38 Pr.	11,20—11,45
66—67 Rg.	—	Erdnufm.	—
Rg., rh. neu. S.	—	50 Pr.	11,20—11,50
Roggen, ausl.	21,50—22,00	brutto mit	12,20—12,50
Safer, hiesiger	16,50—17,50	Sobafdr.	—
Safer nordb.	18,50—19,00	46 Pr.	10,75—11,25
Safer, ausl.	—	Kapst. 38 Pr.	8,75
S.-Gerste, ausl.	19,50—20,25	Palmerf. 101.	9,25—10,00
S.-Gerste, int.	—	Trodenf. 1.	8,00—8,50
S.-Gerste, int.	—	Zuckerf. 101.	10,00—10,75
Maiz grober	16,50—17,50	Hohmelasse	8,25—9,00
Maiz feiner	17,50	Weizenb. int.	—
Weizenmehl.	—	lofe neu	—
70 Pr., int.	31,00	gepreßt	—
Rhein. Weizen-	—	kleben int.	5,40—5,80
bädermehl m.	—	lofe neu	—
Auslandsmehl.	37,50	gepreßt	—
Roggenmehl.	—	auslandischer	—
70 Pr.	28,00—28,50	Roggenf.	—
70 Pr. m. ausl.	—	gepr. neu	2,00—3,14
land. Roggen	29,50	Weizenf.	—
Roggenf. rot.	—	gepr. neu	3,00
inländisches	24,50	Saferf. 101.	—
ausländisch.	24,50	gepreßt	2,60

Stimmungsbericht: Die Börse verlief ruhig bei fast unverändertem Preisstand. Maiz allein etwas höher bezahlt.

Rölnner Butternotierungen vom 28. Juni.

Butter (inländische) Erzeugerpreis ab Verladestation ohne Verpackung für 100 Kilogramm in Reichsmark. 1. Qualität 220, 2. Qualität 200. Tendenz: Sehr ruhig.

Rölnner Kartoffelnotierungen vom 1. Juli.

(Großhandelspreise für 50 Kilogramm bei Waggonladungen von 15 000 Kilogramm, lofe verladen, frachtfrei Rölnner Bahnstation.) Heute fand keine Notierung statt.



SCHUHE

jetzt so billig wie noch nie!

Schuhhaus Erich Eickhoff, Halver

Kronprinzenstraße 14.

8.	50
10.	50
12.	50